CDU
FRAKTION THÜRINGEN

Arbeitsbericht der CDU-Fraktion

September 2022 bis Oktober 2023

Inhaltsverzeichnis

I. Geleitwort des Fraktionsvorsitzenden 2

II. Berichte aus den Arbeitskreisen 4

1. Haushalt und Finanzen 4
2. Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft 6
3. Inneres und Kommunales 8
4. Bildung, Jugend und Sport 10
5. Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten 12
6. Umwelt, Energie und Naturschutz 14
7. Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung 16
8. Europa, Kultur und Medien 18
9. Migration, Justiz und Verbraucherschutz 20
10. Petitionen 22
11. Verfassungsausschuss 23
12. Untersuchungsausschuss 7/1 24
13. Untersuchungsausschuss 7/2 25
14. Untersuchungsausschuss 7/3 26
15. Untersuchungsausschuss 7/4 27
16. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 28
    - 16.1 Im Dialog mit Bürgern 30
    - 16.2 Kampagnen 32
    - 16.3 Jahresempfang 33

I. Geleitwort des Fraktionsvorsitzenden

Die CDU-Fraktion am Rande einer Plenarsitzung der 7. Legislaturperiode

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Jahr vor der Landtagswahl wird immer deutlicher: Die links-grüne Ramelow-Regierung hat jeglichen Gestaltungsanspruch für das Land aufgegeben. Sie hat keine Kraft mehr, die notwendigen Reformen und Verbesserungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Thüringens anzupacken. Egal ob Wirtschaft, Migration, Bildung oder Sicherheit – Thüringen kommt nicht voran und die Probleme stapeln sich. Die Ramelow-Regierung ist zu einer Stillstandsregierung geworden.

Wir als CDU-Fraktion haben es uns aus der Opposition heraus zur Aufgabe gemacht, diese Leerstelle in der Landespolitik mit Substanz zu füllen und gleichzeitig die Regierung zum Handeln anzutreiben. Dabei ist unser Kompass klar: eine wertebasierte und moderne Politik zum Wohle der Thüringer Bürgerinnen und Bürger – lösungsorientiert, pragmatisch und nachvollziehbar. Wir machen das, was für das Land richtig und notwendig ist und was unserer christlich-demokratischen Überzeugung entspricht.

Ein Beispiel dafür ist die jüngst vom Landtag verabschiedete Senkung der Grunderwerbsteuer. Es handelt sich um die erste Steuersenkung im Freistaat seit 10 Jahren – CDU pur! Der Entschluss war überfällig, beendet Thüringens Rekordhoch bei der Grunderwerbsteuer und unterstützt junge Familien dabei, sich den Traum von den eigenen

vier Wänden zu ermöglichen. Bei unseren parlamentarischen Initiativen machen wir uns weder von der AfD noch von einem links-grünen Gesetzes-TÜV abhängig. Wir verfolgen unsere politischen Ziele mit Nachdruck und unabhängig davon, wer mit Zustimmung oder Skandalisierung droht. Dafür wurden wir in den Landtag gewählt – alles andere wäre eine Bankrotterklärung an die Demokratie.

2024 werden wir im Zuge der Europa- und Kommunalwahl sowie natürlich der Landtagswahl eine weiter verstärkte politische Polarisierung erleben. Für mich ist dabei klar: Wir als CDU-Fraktion bleiben hart in der Sache, aber fair im persönlichen Umgang. Wir wollen keine Schlammschlacht, wie sie bei einigen politischen Mitbewerbern mittlerweile zum Alltag gehört. Uns geht es darum, das Land mit guter Sachpolitik voranzubringen und den Stillstand in Thüringen mit neuer Kraft zu beenden.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Mario Voigt
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag

II. Berichte aus den Arbeitskreisen

Arbeitskreis für Haushalt und Finanzen
v.l.n.r.: Marcus Malsch, Maik Kowalleck, Volker Emde

1. Haushalt und Finanzen

Forderungen zum Landeshaushalt 2023 durchgesetzt

Die CDU-Fraktion kam im Dezember 2022 ihrer staatspolitischen Verantwortung nach, reparierte mit etlichen Verbesserungen den Haushalt der Ramelow-Regierung und ließ ihn schließlich unter Enthaltung passieren. Die von uns durchgesetzten Verbesserungen beinhalten den Erhalt und die Aufstockung des „Kleine-Gemeinden-Programms“ und die Abfederung der steigenden Energiekosten der kommunalen Haushalte über das Sondervermögen. Gleichzeitig konnten wir entscheidende Zukunftsinvestitionen und einen effektiven Klimaschutz mit Augenmaß durchsetzen. Dazu wird der Meisterbonus erweitert und für die Anwerbung von Fachkräften und Azubis aus dem Ausland fließen zusätzliche Mittel. Mit Blick auf den Aufwuchs des Haushaltsvolumens um eine Milliarde Euro im Vergleich zum Vorjahr und die völlige Verweigerung von Landesregierung und Koalitionsfraktionen, ernsthafte Sparanstrengungen zu unternehmen, zog der Arbeitskreis ein kritisches Fazit: Das Grundgerüst des Landeshaushalts 2023 stimmt auch weiter nicht. Aber wir haben gerettet, was zu retten war.

Entlastungen bei der Grunderwerbsteuer durchgesetzt

Unser Ziel ist, das Leben der Menschen einfacher zu machen und für Entlastung bei Bürgern und Wirtschaft zu sorgen. Aus diesem Grund haben wir ein Gesetz im Parlament durchgebracht, das die Grunderwerbsteuer von 6,5 auf 5 Prozent senkt. Gleichzeitig soll ein Landesprogramm für weitere Entlastungen für Familien beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum sorgen.

Der Landeshaushalt 2024 muss zukunftsfähig sein

Mit dem vorgelegten Entwurf präsentiert die Ramelow-Regierung einen erneuten Ausgabenrekord in Höhe von 13,7 Milliarden Euro, leert die Rücklage vollständig und plant für die kommenden Haushaltsjahre mit einem Finanzloch von jährlich über einer Milliarde Euro. Diese Verantwortungslosigkeit wird die CDU-Fraktion weder unterstützen noch mittragen. Wir fordern die

Landesregierung auf, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, bei dem das finanzpolitische Grundgerüst stimmt, der klare Prioritäten setzt und Investitionen auf Zukunftsthemen ausrichtet.

Krisenfonds: Sicherheit für Bürger, Kommunen und Unternehmen

Im Zuge der Energiepreis-Krise konnte die CDU-Fraktion den Krisenfonds um 400 Millionen Euro aufstocken. Bis heute kämpfen wir stetig dafür, dass die Mittel aus dem Fonds ausschließlich zur Krisenbewältigung genutzt werden und nicht – wie immer wieder von der Ramelow-Regierung gefordert – für anderweitige Maßnahmen umgewidmet werden, für die im Kernhaushalt keine Mittel zur Verfügung stehen.

In zahlreichen Sitzungen und Klausuren haben unsere Haushaltsexperten den finanzpolitischen Kurs der Fraktion mit den anderen Facharbeitskreisen diskutiert.

Arbeitskreis für Wirtschaft und Wissenschaft v.l.n.r.: Christian Tischner, Martin Henkel, Andreas Bühl

2. Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Ausweitung der Meisterförderung durchgesetzt

Handwerksmeister können in Thüringen einen Bonus bei erfolgreichem Abschluss erhalten. Die Fraktion hat im Landeshaushalt 2023 durchgesetzt, dass jetzt auch Industriemeister, Fachmeister und die Meister der grünen Berufe den Bonus erhalten. Die Einführung des Meisterbonus für alle Berufszweige ist ein deutliches Bekenntnis des Freistaats zur dualen Ausbildung und Aufstiegsfortbildung. Gleichzeitig soll auch die Meistergründungsprämie ausgeweitet werden.

Vergaberecht wird entschlackt und Bürokratie abgebaut (Drs. 7/7451)

Nach zähen Verhandlungen mit Rot-Rot-Grün hat die CDU-Fraktion ihren Gesetzentwurf zur Reform des Vergabegesetzes durch den Landtag gebracht und damit eine Vereinfachung und deutliche Entschlackung erreicht. Aus 24 werden 18 Paragrafen, aus fünf Formularen wird eines. Der Zettelwirtschaft wird ein Ende gesetzt: Statt der Papierform geht vieles jetzt per Mail. Durch die deutliche Erhöhung der Wertgrenzen erreichen wir mehr Direktaufträge und freie Vergaben.

Mehrwertsteuer in der Gastronomie darf nicht steigen (Drs. 7/8346)

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat sich der Landtag einstimmig für die dauerhafte Beibehaltung des ermäßigten Satzes von sieben Prozent in der

Christian Tischner (r.) informiert sich im Oktober 2022 in einer Bäckerei über die Belastungen durch hohe Energiekosten.

Andreas Bühl (Mitte) beim Besuch des Mikroelektronik-Unternehmens Micro-Hybrid Electronic in Ilmenau

Bei K+S in Unterbreizbach informierte sich Martin Henkel (l.) über das Transformationsprojekt „Werra 2060“.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion waren anlässlich des Festaktes 30 Jahre der Thüringer Verfassung auf der Wartburg in Eisenach. Im Vorfeld nutzten sie diesen Termin für eine auswärtige Fraktionssitzung im BMW-Werk Krauthausen.

Gastronomie ausgesprochen. So konnte ein starkes Zeichen Richtung Berlin gesetzt werden. Von einer Erhöhung betroffen wären auch das Kantinen-, das Schul- und das Kindergarten-Essen. Das gilt es zu verhindern, in einer Zeit, in der es insbesondere Familien ohnehin nicht leicht haben.

Mehr Tempo bei der Digitalisierung (Drs. 7/6297)

Die CDU-Fraktion hat der Landesregierung konkrete Vorschläge für eine erfolgreiche Digitalisierung in Thüringen vorgelegt. Der Antrag sieht vor, Kompetenzen zu ordnen, echte Verantwortlichkeit zu schaffen und die Koordination zentral zu bündeln. Auch werden verschiedene Themen der Infrastruktur und der digitalen Daseinsvorsorge angesprochen. Weiter soll die Unterstützung der Kommunen bei der Digitalisierung ausgebaut werden.

Fachkräftemangel im Fokus

Die Fachkräftegewinnung ist die Schicksalsfrage für die Thüringer Wirtschaft. Mit dem Landeshaushalt 2023 hat die CDU zusätzliche Mittel für Unterstützung in diesem zentralen Themenfeld erstritten. Davon soll unter anderem eine neue Einrichtung zur Qualifizierung ausländischer Ausbildungswilliger finanziert werden. Darüber hinaus hat die Fraktion in einem Plenarantrag (Drs. 7/6825) weitere Maßnahmen für die verbesserte Gewinnung von Fachkräften aus dem In- und Ausland vorgelegt.

Arbeitskreis für Inneres und Kommunales
v.l.n.r.: Jonas Urbach, Raymond Walk, Jörg Kellner

3. Inneres und Kommunales

Fraktion unterstützt kommunale Familie und Feuerwehren

Im Haushalt 2023 konnte die CDU-Fraktion 150 Millionen Euro mehr für die Thüringer Kommunen verankern, damit die Akteure vor Ort handlungsfähig bleiben. Insbesondere kleine Orte sind oft finanzschwach. Deshalb haben wir das Kleine-Gemeinden-Programm entwickelt und erreicht, dieses auf 45 Millionen Euro aufzustocken. Die CDU hat ebenfalls die Feuerwehrpauschale in Höhe von 10 Millionen Euro durchgesetzt. Diese sieht eine Summe von 300 Euro pro Kamerad im Freistaat vor.

Flüchtlingskosten müssen Kommunen erstattet werden

Im Juli-Plenum wurde das Gesetz zur Entlastung der Kommunen bei den Mehraufwendungen für die Ukraine-Flüchtlinge für das Jahr 2023 beschlossen. Die Spitzabrechnung und der 100-prozentige Kostenersatz, die von der CDU-Fraktion schon für 2022 gefordert wurden, stehen nun im Gesetz. Auf Druck der CDU wurde zudem erreicht, dass sich die Abschlagszahlung an die Kommunen von den im Entwurf vorgesehenen 32,8 Millionen Euro auf 46,5 Millionen Euro erhöhte.

Diskussion um Kommunalwahltermin 2024

Als die Pläne der Ramelow-Regierung bekannt wurden, die Kommunalwahlen 2024 am 26. Mai durchzuführen und damit erstmals vom Europawahltermin am 9. Juni zu trennen, wollte die CDU-Fraktion die damit verbundenen Probleme im September-Plenum mit einem Dringlichkeitsantrag diskutieren. Dieser wurde jedoch von Rot-Rot-Grün abgelehnt und die Exekutivmacht der Regierung betont. Wir bleiben dabei: Die Zusammenlegung der Termine wäre aufgrund der höheren Wahlbeteiligung gut für die Demokratie.

Innenpolitische Sprechertagung erstmals in Thüringen

Im September waren die innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen in Ländern, Bund und Europa nach Erfurt eingeladen. Erstmals fand diese Tagung in Thüringen statt, mit Impulsvorträgen des Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt und des INSA-Chefs Hermann Binkert. Verabschiedet wurden Positionspapiere zu kommunalen Ordnungsdiensten und Migration.

Beim Forum Bevölkerungsschutz war der Plenarsaal mit mehr als 120 Gästen voll besetzt.

Großes Bevölkerungsschutzforum 2023

Auf einem von der Fraktion organisierten großen Bevölkerungsschutzforum kamen die Abgeordneten im Oktober 2023 mit zahlreichen Vertretern von Feuerwehren und Rettungsdiensten im Thüringer Landtag zusammen. Ein detailliertes Positionspapier der Fraktion zur Verbesserung des Bevölkerungsschutzes fand breite Unterstützung und bestärkte die CDU-Parlamentarier darin, dieses wichtige Thema auch künftig weiter voranzutreiben.

Die innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen in Ländern, Bund und Europa kamen im September 2023 nach Erfurt.

Im März besuchte der Arbeitskreis die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung in Ahrweiler.

Raymond Walk und Jonas Urbach besichtigen ein Einsatzfahrzeug der Malteser beim Bevölkerungsschutzforum.

Arbeitskreis für Bildung, Jugend und Sport
v.l.n.r.: Dr. Thadäus König, Christian Tischner, Maik Kowalleck

4. Bildung, Jugend und Sport

Maßnahmenpaket zur Lehrergewinnung (Drs. 7/7982)

Mit dem im September 2023 verabschiedeten Plenarantrag sollen die Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und Schulleitungen spürbar verbessert werden. Ziel ist es, den Lehrerberuf attraktiver zu gestalten und die Eigenverantwortung der Schulen zu stärken. Unter anderem soll der Einstellungskorridor im Schuldienst noch bedarfsorientierter ausgerichtet und den Schulleitungen die Möglichkeit eröffnet werden, in Eigenverantwortung auf Lehramtsstudierende zuzugehen und diese frühzeitig an ihre Schule zu binden.

Einführung eines Zulagensystems für Lehrkräfte

Innerhalb der Landeshaushalte 2022 und 2023 haben wir mit 24 Millionen Euro die Grundlage für die Einführung von Sonderzuschlägen für Lehrer und Lehramtsanwärter für Mangelfächer und Bedarfsregionen gelegt. Das Zulagensystem wurde nun 2023 endlich durch das Bildungsministerium auf den Weg gebracht, jedoch nur halbherzig umgesetzt.

Mittel für kommunale Sportstättenbauvorhaben erhöht

Um den gegenwärtigen Sanierungsstau an Sportanlagen gerade im ländlichen Raum abzubauen, hat die CDU-Fraktion eine Verdoppelung der Fördermittel für kommunale Sportstättenbauprojekte auf insgesamt zehn Millionen Euro im Landeshaushalt 2023 durchgesetzt. Mit dieser Erhöhung der Mittel bis 2026 wurde ein wichtiger Impuls für das Sportland Thüringen gesetzt.

Zum Trikot-Tag erschienen Abgeordnete und Mitarbeiter der Geschäftstelle und der Wahlkreisbüros in den Trikots ihrer Sportvereine.

Stärkung des MINT-Zentrums in Jena weiter vorangetrieben

Bereits 2022 haben wir uns für eine Stärkung der MINT-Fächer am Zentrum für Lehrerbildung der Friedrich-Schiller-Universität Jena eingesetzt. Jedoch hat es das Bildungsministerium bisher nicht geschafft, die entsprechenden Konzepte auf den Weg zu bringen. Deshalb haben wir im Haushalt 2023 erneut 300.000 Euro eingestellt und den Druck auf die Landesregierung zur zügigen Umsetzung nochmals erhöht.

Bessere Bedingungen für Kindertagespflege (Drs. 7/7885)

Die Kindertagespflege ist für viele Eltern eine wichtige Option bei der frühkindlichen Bildung ihrer Kinder. Mit der Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes haben wir die Attraktivität des Berufsfeldes und wichtige Verbesserungen der Finanzierung der Kindertagespflege auf den Weg gebracht. Konkret wurden die seit 2017 unveränderte Sachkostenpauschale von 170 auf 237 Euro angehoben und die Untergrenzen der Förderleitungen von 404 auf 515 Euro angepasst.

Jeder Thüringer soll schwimmen können (Drs. 7/8288)

Mit einer breit angelegten Schwimmoffensive möchten wir die allgemeine Schwimmfähigkeit der Thüringer verbessern und die Zahl der Nichtschwimmer verringern. Hierzu wurde im Juli 2023 ein Antrag in den Landtag eingebracht. Darin fordern wir, die Fördermöglichkeiten für den Bau und die Modernisierung von Schulschwimmhallen zu verbessern, die Ausbildung der Bäderfachangestellten in Thüringen anzusiedeln und jedem Kind einen Gutschein über 50 Euro für einen Schwimmkurs bereitzustellen.

Die Mitglieder des Arbeitskreises Bildung vor einer Ausschusssitzung im Plenarsaal des Thüringer Landtags

Christian Tischner bei einem Besuch der Thüringer Landesmedienanstalt: Dort lernen Kinder- und Jugendliche gerade in einem Projekt, wie man eine App programmiert.

Arbeitskreis für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten v.l.n.r.: Christina Tasch, Marcus Malsch, Henry Worm

5. Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten

Fördermittel für kommunale und private Waldbesitzer erneut durchgesetzt

Im Haushalt 2023 hat die Fraktion erneut sechs Millionen Euro erstritten, um damit Aufforstungen, Waldpflege und Bewirtschaftung zu fördern. Nach dem Einstieg in eine Klimaschutz-Flächenprämie im Jahr 2021 mit 15 Millionen Euro und zehn Millionen Euro zusätzlich in 2022 können die Waldbesitzer auch in diesem Jahr bei der Erhaltung und langfristigen Sicherung der Ökosystemleistungen des Waldes finanziell unterstützt werden.

Landwirte entlasten – Tierkörperbeseitigungskosten übernehmen

Die CDU-Fraktion hat eine Änderung des „Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes“ gefordert, um das Land wieder zur Übernahme eines Drittels der Tierkörperbeseitigungskosten zu verpflichten. Seit dem Rückzug des Landes aus der Finanzierung tragen die Landwirte zwei Drittel der Kosten, während es in der Vergangenheit eine Drittellösung für die Kosten zwischen Land, Landkreis und Landwirten gab. Aktuell sind die Landwirte mit einer Kostensteigerung von zwei- bis dreihundert Prozent absolut überfordert und benötigen Entlastung.

Meisterförderung für die Grünen Berufe

Ab 2023 prämiert das Landwirtschaftsministerium erstmalig erfolgreich bestandene Meisterfort-

Henry Worm, verkehrspolitischer Sprecher, mit einem Vertreter des Vereins Pfefferminzbahn e.V.

Christina Tasch mit der Thüringer Milchkönigin im Januar auf der Grünen Woche in Berlin

bildungen in den Grünen Berufen. Diesen Erfolg haben wir in den Verhandlungen zum Haushalt 2023 erreicht. Mit Meisterprämie und -bonus wird ein Anreiz geschaffen, damit sich junge Menschen für eine Ausbildung in den Grünen Berufen entscheiden. Land- und Forstwirtschaft sowie der Gartenbau brauchen Nachwuchskräfte dringend. Die berufsbegleitende Fortbildung zum Meister in den Grünen Berufen ist nunmehr mit denen des Thüringer Handwerks gleichgestellt.

ÖPNV-Angebot gesichert und Schulbauoffensive gestartet

Erfolgreich hat sich die CDU-Fraktion für die Erhöhung der zweckgebundenen Finanzhilfen an die Landkreise zur Finanzierung ihrer ÖPNV-Angebote stark gemacht. Für den Ausgleich gestiegener und noch zu erwartender Kostensteigerungen im Betrieb des ÖPNV konnten wir fünf Millionen Euro zusätzlich im Haushalt verankern, um massive Erhöhungen der Fahrpreise oder gar eine Einschränkung des ÖPNV-Angebots zu vermeiden. Damit die immensen Investitionsbedarfe für Schulgebäude in allen Regionen des Landes schneller erfüllt werden können und um Schulträger im Hinblick auf inflationsbedingte Baukostensteigerungen zu entlasten, haben wir 14,5 Millionen Euro zusätzlich erstritten. Sie dienen der Beschleunigung des Schulbauprogrammes und sollen zusätzliche Schulbauvorhaben ermöglichen, insbesondere in den ländlichen Räumen Thüringens.

Mario Voigt (l.) und Marcus Malsch (r.) mit Ludwig Gunstheimer, dem Präsidenten des Landesjagdverbandes beim Landesjägertag im Mai 2023

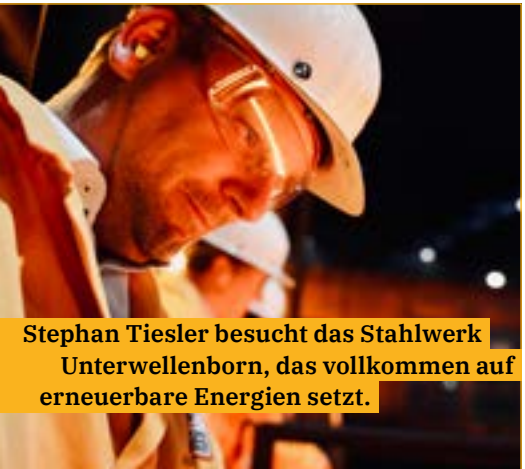
Arbeitskreis für Umwelt, Energie und Naturschutz v.l.n.r.: Christina Tasch, Thomas Gottweiss, Stephan Tiesler

6. Umwelt, Energie und Naturschutz

Neue Wege bei der Energieerzeugung
Erste konkrete Vorschläge aus dem Thüringer Energieplan der CDU-Fraktion wurden im Haushalt 2023 mit Projekten untersetzt. Thüringen soll mit dem Konzept der Energie-Autobahn (Drs. 7/6818) zum Vorreiter bei der Zweitverwertung bereits genutzter Flächen werden. In Gewerbegebieten (Drs. 7/6823) sollen Synergien bei der gemeinsamen Energienutzung erschlossen und SolarInvest zu einem Selbstversorgerbonus für Solaranlage, E-Auto, Ladestation und Speicher (Drs. 7/6822) weiterentwickelt werden.

Mehrheit für mehr Versorgungssicherheit (Drs. 7/5758)
Durchsetzen konnte sich die Fraktion mit einem Plenarantrag, der als Reaktion auf die Energiepreiskrise ein Maßnahmenpaket zur Erhöhung des Energieangebotes, zum Schutz von Stadtwerken und zu Entlastungen für Verbraucher und Unternehmen bei den Energiekosten vorsieht. Dabei fand entgegen den Wünschen der Minderheitskoalition auch ein Passus zur Nutzung von Kernenergie eine Mehrheit.

Fraktionsinitiative zum Schutz der Apfelstädtaue (Drs. 7/5945)
Der Thüringer Landtag hat eine Initiative der CDU-Fraktion zur Klärung offener Fragen bei der Rettung des Ökosystems der Apfelstädt beschlossen. Darin wird auf zahlreiche Punkte ein-



Stephan Tiesler besucht das Stahlwerk Unterwellenborn, das vollkommen auf erneuerbare Energien setzt.

Im Oktober informierte sich der Arbeitskreis bei Bode Bautechnik in Leinefelde über den energetischen Quartiersumbau.

Thomas Gottweiss setzt sich für höhere Mittel für den Abwasserpakt ein, um den ländlichen Raum zu fördern.

Unser zweites Energieforum Mitte Januar 2023 war ein voller Erfolg. Gemeinsam mit 140 Experten, Wissenschaftlern, Praktikern, Unternehmern und politischen Verantwortungsträgern haben wir über die Folgen der Energiekrise für Wirtschaft und Gesellschaft und die Lösungsansätze der CDU-Fraktion diskutiert.

gegangen, die der Bürgerinitiative „Lebensraum Apfelstädt“ wichtig waren. Oberstes Ziel ist, jede weitere Schädigung des Ökosystems zu vermeiden. Vorgesehen sind eine rechtliche Prüfung der Wasserrechte und ein Gutachten zu den Auswirkungen der Westringkaskade auf die Umwelt der Apfelstädtaue.

Mittel für mehr Geothermie bereitgestellt (Drs. 7/6821)

Mit einem Antrag und der Einstellung von Mitteln im Haushalt 2023 hat die Fraktion den Weg für mehr Projekte im Bereich der Geothermie freigemacht. Wärmeenergie aus dem Boden ist praktisch zu jeder Tages- und Nachtzeit verfügbar und damit grundlastfähig. Eine stärkere Förderung ist deshalb im Interesse der Bürger, anders als die grüne Verbotspolitik oder die einseitige Konzentration auf Strom aus Windenergie. Die Ramelow-Regierung scheitert aber noch immer an der Umsetzung.

Update für den Abwasserpakt

Im Zuge des Landeshaushalts 2023 hat die Fraktion höhere Mittel für den Abwasserpakt durchgesetzt. Weil dies dennoch nicht reicht, haben wir zusätzlich die Regierung aufgefordert, mit den Kommunen über eine Aktualisierung zu verhandeln. Ziel ist es, mit gemeinsamen Infrastrukturinvestitionen in den kommunalen Straßenbau und in die Abwasserbeseitigung die Entwicklung des ländlichen Raums zu fördern sowie übermäßige Belastungen der Bürger durch steigende Abgaben zu verhindern.

Arbeitskreis für Soziales, Arbeit und Gesundheit
v.l.n.r.: Beate Meißner, Dr. Thadäus König, Christoph Zippel

7. Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Unterstützung für kleine Geburtsstationen durchgesetzt (Drs. 7/3389)

Gute Familienpolitik beginnt schon vor der Geburt. Daher setzt sich die CDU-Fraktion intensiv für den Erhalt der Hebammenversorgung ein. Anfang Juni 2023 erhielt endlich ein Antrag der CDU-Fraktion eine Mehrheit, der neben dem Runden Tisch „Geburt und Familie“ sowie Verbesserungen für Familienhebammen auch eine Unterstützung für kleine Geburtsstationen im ländlichen Raum vorsieht. Dafür waren bereits im Rahmen des Landeshaushaltes 2023 die finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden.

Girls & Boys Day bei der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Leistung muss sich lohnen (Drs. 7/6626)

Menschen in Arbeit zu bringen, ist wesentliches Element der Sozialpolitik. Deshalb ist das Bürgergeld doppelt falsch: Es beerdigt das Prinzip „Fördern und Fordern“ und lässt diejenigen im Regen stehen, die täglich die Transferleistungen erarbeiten, welche die Ampel verteilt. Mit einem Plenarantrag forderte die CDU-Fraktion die Landesregierung auf, im Bundesrat gegen das Bürgergeld zu stimmen und in Zeiten von Fachkräftemangel keinen staatlich geförderten, künstlichen Arbeitsmarkt zu schaffen.

Einführung eines Gesellschaftsjahres (Drs. 7/5795)

Unsere Gesellschaft braucht mehr Zusammenhalt. Eine zeitgemäße Antwort wäre die Einführung eines Gesellschaftsjahres. Die CDU-Fraktion hat einen Antrag eingereicht, damit sich die Landesregierung auf Bundesebene für die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres einsetzt und die Freiwilligendienste auf Landesebene besser unterstützt.

Druck gemacht bei Krankenhausplanung (Drs. 7/7156)

Die Thüringer Krankenhäuser brauchen Planungs- und Investitionssicherheit durch einen neuen Krankenhausplan. Auch muss die ungleiche Verteilung der Fachkräfte zwischen Stadt und Land besser gesteuert werden. Die CDU-Fraktion will keinen „kalten Strukturwandel“ oder Versorgungslücken, weil die kleinen ländlichen Grundversorger den harten Wettbewerb nicht bestanden haben. Dafür braucht es aber Tatkraft, Steuerung und Planung. Doch die Landesregierung verzögert den Prozess und der entsprechende Antrag der CDU-Fraktion wurde abgelehnt.

Gesetzentwurf zur Einführung des Tele-Notarztes (Drs. 7/7450)

Im medizinischen Notfall zählt jede Minute. Gerade auf dem Land ist das arztfreie Intervall jedoch oftmals länger. Hier kann ein digital zugeschalteter Tele-Notarzt die Zeit überbrücken und entscheidende Anweisungen (z.B. zur Medikamentenvergabe) geben. Die CDU-Fraktion hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, den Tele-Notarzt in Thüringen flächendeckend als zusätzliches Element des Rettungsdienstes einzuführen.

Das Who-is-Who der Thüringer Gesundheitsbranche traf sich auf Einladung der Fraktion zum Thüringer Gesundheitsgipfel.

Unsere seniorenpolitische Sprecherin Beate Meißner bei ihrem Tagespraktikum im Pflegeheim Annastift in Sonneberg

Mit Christoph Zippel (l.) und Stephan Wydra vom Klinikum Bad Berka moderiert Stephan Hauschild (r.) aus der Geschäftsleitung von Jüttner Orthopädie den Gesundheitsgipfel.

Arbeitskreis für Europa, Kultur und Medien
v.l.n.r.: Jonas Urbach, Jörg Kellner,
Christian Herrgott

8. Europa, Kultur und Medien

Pflege des kulturellen Erbes
Auf Antrag der CDU-Fraktion wurden im Haushalt 2023 Mittel eingestellt, um die ortsbildprägende Bausubstanz in den Dörfern Thüringens zu bewahren. Ferner gelang es uns, die von Rot-Rot-Grün gekürzte Kofinanzierung des Bundes-Denkmalschutzprogrammes wieder auf das Niveau von 2022 anzuheben. Schließlich stellten wir die Finanzierung des 103. Katholikentages 2024 in Erfurt sicher, wodurch vor allem auch das Engagement der katholischen Kirche gewürdigt werden soll.

Im November 2022 wurde dem CDU-Plenarantrag „Gendern? Nein Danke!“ (Drs. 7/6571) mehrheitlich zugestimmt. Damit soll die Anwendung der Gendersprache in der öffentlichen Verwaltung und vor allem in Schulen verhindert werden. Bis dato weigert sich die Landesregierung sowie die linke Hausleitung des Thüringer Landtags, den demokratisch gefassten Beschluss des Parlaments umzusetzen. Aus diesem Grund haben wir Ende August 2023 einen entsprechenden Gesetzentwurf (Drs. 7/8596) eingebracht.

Medienland Thüringen stärken
Mit dem im Februar 2023 im Landtag behandelten Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes (Drs. 7/5562) sollten die bestehenden medienrechtlichen Regelungen im Freistaat modernisiert und liberalisiert werden. Ziel waren Stärkungs- und Synergieeffekte für den Medienstandort Thüringen, der im deutschlandweiten Vergleich bei der Wertschöpfung und Anzahl der Medienarbeits-

Christian Berthold, Geschäftsführer von Antenne Thüringen, beim Media Summer

Auch MDR-Landesfunkhausdirektor Boris Lochthofen war unter den Gästen.

Christian Herrgott (r.) bei der Kranzniederlegung zum Jahrestag des Mauerfalls

Jörg Kellner, Vorsitzender des Arbeitskreises, besucht Schloss Friedenstein. Die Bewahrung des Thüringer Kulturguts und die Pflege unseres kulturellen Erbes sieht der Arbeitskreis als dauerhafte Aufgabe.

plätze die rote Laterne hält. Eine weitere Verbesserung des Medienstandortes Thüringen sollte auch unser Antrag (Drs. 7/7853) zum 3. Medienänderungsstaatsvertrag herbeiführen, der konkrete Vorschläge für transparente, effiziente und sparsame Strukturen des ÖRR aufzeigt.

SED-Unrecht aufarbeiten

Mit dem am 1.6.2023 behandelten Plenarantrag (Drs. 7/3264) erinnerte die CDU an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR und stellte erneut die Erinnerungs- und Aufarbeitungsarbeit bezüglich des von der SED begangenen Unrechts als eine beständige staatspolitische Aufgabe heraus. Ein wesentlicher Fokus wurde dabei auf das Leid und Schicksal der Opfergruppen gerichtet, deren Existenz, Leben und Freiheit durch das SBZ/SED-Regime beeinträchtigt wurden.

Thüringer Interessen in Brüssel

In Stellungnahmen zu den Verordnungen der EU-Kommission weist die CDU-Fraktion auf zum Teil negative Auswirkungen für Thüringen hin und verlangt deutliche Nachbesserungen, wie zum Beispiel durch die Ablehnung von Mehrkosten für private Haushalte und Kommunen bei der Behandlung von Abwasser (Vorlage 7/4926) oder beim Verhindern der Einmischung von Brüssel in die medienrechtlichen Kompetenzen der Länder (Vorlage 7/4445).

Arbeitskreis für Migration, Justiz und Verbraucherschutz | v.l.n.r.: Beate Meißner, Stefan Schard, Christoph Zippel

9. Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Anwärterzuschläge für Bedienstete im Justizvollzug

Die CDU-Fraktion konnte sich 2023 mit ihrer Forderung nach Zuschlägen für die Anwärter im Justizvollzug durchsetzen. Entsprechende Mittel fanden im Haushalt Berücksichtigung. Mit den Zuschlägen wird ein wichtiger Impuls gegen den Nachwuchsmangel in diesem für die Sicherheit des Freistaates wichtigen Aufgabenfeld gesetzt.

Rechtsreferendare werden wieder verbeamtet

Während der parlamentarischen Beratung des Entwurfs der Landesregierung zur Reform des Juristenausbildungsgesetzes konnte die CDU-Fraktion per Änderungsantrag (Vorlage 7/4006) durchsetzen, dass der juristische Vorbereitungsdienst wieder im Beamtenverhältnis auf Widerruf stattfindet. Damit konnte ein Fehler der Landesregierung aus der vorherigen Wahlperiode korrigiert und ein wichtiger Beitrag zur Attraktivität der Juristenausbildung geleistet werden.

Positionspapier zu interessengeleiteter Migrationspolitik

Unter dem Motto „Wer braucht uns und wen brauchen wir?“ hat die Fraktion im Mai 2023 eine deutliche Positionsbestimmung in der Migrationspolitik vorgelegt. Schwerpunkte sind die klare Unterscheidung zwischen Fachkräfteeinwanderung und Asyl. Enthalten sind unter anderem Forderungen zu besseren Bedingungen für Fachkräfte, zu einer zentralen Ausländerbehörde für Thüringen, zur Entlastung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen und zum Verzicht auf eigene Thüringer Landesaufnahmeprogramme.

Gespräch mit dem Suhler Oberbürgermeister Andre Knapp (r.) über die schwierige Lage in der Erstaufnahmeeinrichtung

Justiz wieder in den Mittelpunkt stellen

Im Juni 2023 lud die CDU-Fraktion zu einem Justizforum in den Thüringer Landtag ein. Mehr als 100 Gäste aus dem Justizbereich, insbesondere Richter und Anwälte, folgten der Einladung, um über zentrale Probleme der Thüringer Justiz zu diskutieren. Schwerpunkte waren Nachwuchsmangel, Digitalisierung und die mangelnde Beachtung der Justiz im zuständigen Ministerium. Die Hinweise der Fachleute bestätigten die Forderungen aus dem zum Forum vorgestellten Justiz-Thesenpapier der Fraktion.

Maßnahmenkatalog für Kurswechsel in der Asyl- und Flüchtlingspolitik

Die CDU-Fraktion hat zehn Maßnahmen vorgestellt, mit deren Umsetzung eine spürbare Verbesserung der Flüchtlingspolitik erreicht werden kann. Darunter sind Maßnahmen zur Begrenzung des Zustroms nach Deutschland und für konsequentere Rückführungen. Speziell an die Landespolitik richten sich Vorschläge zur Beendigung des von der überforderten Regierung verursachten Chaos bei der Verteilung der Neuankommenden. Schwerpunkte sind unter anderem der Vorrang von Sachleistungen und die Einrichtung von Rückführungszentren.

Stefan Schard ergriff insbesondere zu Fragen der Flüchtlingspolitik regelmäßig das Wort im Thüringer Landtag.

Jan Helge Kestel (Mitte), Präsident der Rechtsanwaltskammer Thüringen, spricht auf dem Justizforum der CDU-Fraktion.

An die Podiumsdiskussion schloss sich beim Justizforum eine rege Debatte mit den Teilnehmern an, in die auch Mario Voigt (links) und der Hauptredner Peter M. Huber (Mitte), ehemals Richter am Bundesverfassungsgericht, eingriffen.

Arbeitskreis für Petitionen
v.l.n.r.: Stephan Tiesler, Michael Heym, Thomas Gottweiss

10. Petitionen

Bürgerinnen und Bürger tragen ihre Anliegen vor

Alle Bürgerinnen und Bürger im Freistaat haben die Möglichkeit, sich mit einer Petition Gehör zu verschaffen. Der Petitionsausschuss hat auch im vergangenen Jahr einen wesentlichen Beitrag für eine lebendige Demokratie im Freistaat geleistet. Das belegt der turnusmäßige Arbeitsbericht für das Jahr 2022, der im Berichtszeitraum erschienen ist.

2022 machten viele Bürgerinnen und Bürger von ihrem Petitionsrecht Gebrauch. 626 Petitionen wurden eingereicht, 346 konnten abschließend bearbeitet werden. Die Petitionen berühren alle Bereiche des Lebens. Mit 122 Petitionen kamen die meisten Eingaben aus dem Bereich Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Darüber hinaus waren die Bereiche Migration, Justiz und Verbraucherschutz (120 Petitionen) sowie Haushalt und Finanzen (72 Petitionen) bei den neu eingegangenen Petitionen am häufigsten vertreten.

In 83 Fällen wurde die Veröffentlichung von Petitionen auf der Petitionsplattform des Landtags im Internet beantragt. 44 Petitionen erfüllten die im Petitionsgesetz geregelten Voraussetzungen und wurden veröffentlicht. Der Petitionsausschuss hat in sieben Ausschusssitzungen zu 12 Petitionen öffentliche Anhörungen durchgeführt.

Mit hohem persönlichen Aufwand haben die Ausschussmitglieder unserer Fraktion versucht, im Interesse der Bürger tätig zu sein. Der Arbeitskreis Petitionen der CDU-Fraktion hat im Berichtszeitraum nicht nur jede Ausschusssitzung umfassend vorbereitet, sondern auch Vor-Ort-Termine zu bestimmten Anliegen begleitet, Gespräche mit einzelnen Petenten geführt sowie an zahlreichen Bürgersprechstunden im Landtag und in den einzelnen Regionen Thüringens teilgenommen und den Bürgern Gehör geschenkt. Die ausschussvorbereitenden Sitzungen des Arbeitskreises Petitionen dienten dabei der umfassenden Vorbesprechung vor allem komplexer Sachverhalte.

Die Mitglieder des Arbeitskreises vor einer Sitzung des Petitionsausschusses

Arbeitskreis für den Verfassungsausschuss v.l.n.r.: Mike Mohring, Christoph Zippel, Stefan Schard

11. Verfassungsausschuss

Im vergangenen Jahr hat sich der Verfassungsausschuss intensiv mit der notwendigen Klarstellung der Verfassung zum Thema Ministerpräsidentenwahl beschäftigt, um eine Hängepartie nach der nächsten Landtagswahl zu vermeiden.

Nach wie vor gestaltet sich die Kompromissfindung mit der rot-rot-grünen Minderheitskoalition im Verfassungsausschuss als äußerst zäh, trotz stetiger und konstruktiver Vorschläge der CDU-Fraktion.

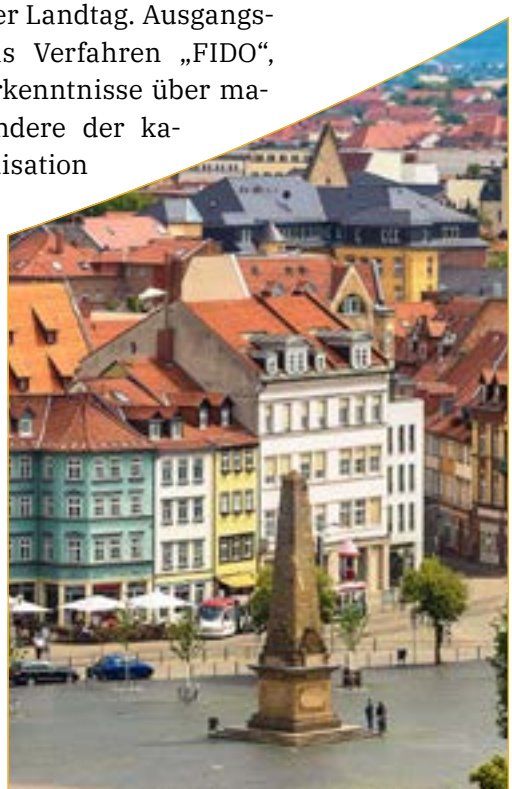
Neben der Aufnahme des Europabezugs sowie der Erweiterung der Möglichkeiten der direkten Demokratie war ein zentraler Arbeitsschwerpunkt die rechtliche Sicherheit für die Kommunen und Landkreise. Wer bestellt, bezahlt – für die CDU-Fraktion war entscheidend, dass sich die Kommunen auf dieses Prinzip verlassen können. Aus Sicht des Arbeitskreises braucht es eine neue Fairness bei der Finanzierung von Landkreisen, Städten und Gemeinden. Die CDU-Fraktion bedauert es, dass Rot-Rot-Grün erneut die Chance verpasst hat, hier ein positives Zeichen für die kommunale Familie zu setzen, sodass es bislang nicht zur Einführung einer Konnexitätsregelung in die Thüringer Verfassung gekommen ist.

Christoph Zippel, Sprecher der CDU-Fraktion für den Verfassungsausschuss, bei den Feierlichkeiten zu 30 Jahren Thüringer Landesverfassung im Oktober 2023 auf der Wartburg

Untersuchungsausschuss 7/1
v.l.n.r.: Jonas Urbach, Raymond Walk, Thomas Gottweiss

12. Untersuchungsausschuss 7/1

Seit Juni 2021 arbeitet der Untersuchungsausschuss „Mafia“ im Thüringer Landtag. Ausgangspunkt der Arbeit war das Verfahren „FIDO“, welches trotz geeigneter Erkenntnisse über mafiöse Strukturen, insbesondere der kalabrischen Mafia-Organisation `Ndrangheta, im Jahr 2006 eingestellt wurde. Ziel des Untersuchungsausschusses ist es aufzuklären, wie es der italienischen `Ndrangheta gelang, in Thüringen Fuß zu fassen, welche Umstände zur Einstellung des sogenannten FIDO-Verfahrens führten und ob mögliche Verbindungen von Beschuldigten des Verfahrens zu Politik, Verwaltung oder Justiz bestanden. Die CDU-Fraktion unterstützt die Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses vollumfänglich und warnt vor einem Vertrauensverlust der Menschen in die Politik, falls diese den Eindruck bekommen, der Staat habe das Heft des Handelns nicht mehr in den Händen.



Die Ermittlungen zum Wirken der Mafia in Erfurt sind Thema des Untersuchungsauschusses 7/1.

Untersuchungsausschuss 7/ v.l.n.r.: Jörg Kellner, Christina Tasch, Maik Kowalleck

13. Untersuchungsausschuss 7/2

Der Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses 7/2 „Erfolgsgeschichte oder Ausverkauf – Rolle und Untersuchung der Arbeit der Treuhandanstalt und der zuständigen Niederlassungen im Gebiet des heutigen Thüringen“ ist bewusst ergebnisoffen formuliert worden – also sowohl positiv (Erfolgsgeschichte) als auch negativ (Misserfolg und negative Folgen für die Entwicklung Thüringens). Die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990 hat die Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf dem Gebiet der ehemaligen DDR radikal verändert. Mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 wurden auch die Betriebe in Thüringen schlagartig den Weltmarktbedingungen ausgesetzt. Unmittelbar nach der Währungsumstellung drohte vielen Unternehmen die akute Zahlungsunfähigkeit. Da die Betriebsumsätze auf dem ostdeutschen und osteuropäischen Markt dramatisch einbrachen und die Betriebserlöse immer weniger kostendeckend waren, entwickelte sich aus dem Liquiditätsproblem rasch ein Rentabilitätsproblem, das die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern maßgeblich geprägt hat. In ihren zahlreich gestellten Beweisanträgen führte die CDU sowohl Dokumente und Zeugen auf, die sachlich und wissenschaftlich untersetzt folgendes Bild wiedergaben:
1. Das DDR-Wirtschaftssystem war im Herbst 1989 bankrott, Versagt haben in der DDR nicht die Arbeitnehmer, sondern das Wirtschaftssystem, das zentralistisch aufgebaut war und sich in volkseigene Kombinate (VEB) gegliedert hatte.
2. Die Übertragung der Privatisierungsaufgaben an eine Treuhandanstalt öffentlichen Rechts, speziell die drei Thüringer Niederlassungen, hat sich als sinnvoll erwiesen. Auch konnte mit der von LINKEN- und AfD-Politikern verbreiteten Mär, wonach die Verteilung von Anteilsscheinen an alle DDR-Bürger eine echte Alternative gewesen wäre, durch den Aufruf von Zeugen mit wissenschaftlichem Sachverstand seitens der CDU aufgeräumt werden.
3. Die politisch Handelnden in der Landes- und Bundesregierung, im überwiegenden Teil Amts- und Mandatsträger der CDU, haben den Privatisierungsprozess der Treuhand durch richtige Entscheidungen verantwortungsvoll begleitet und konnten viele Fehlentwicklungen – abgesehen von Einzelfällen – durch richtige eigene Entscheidungen weitestgehend verhindern.

Untersuchungsausschuss 7/3
v.l.n.r.: Mike Mohring, Raymond Walk, Henry Worm

14. Untersuchungsausschuss 7/3

Der auf Antrag der CDU-Fraktion eingesetzte Untersuchungsausschuss „Politische Gewaltkriminalität“ arbeitet seit Mai 2022 an der Aufarbeitung der Entwicklung politisch motivierter Gewalt in Thüringen im Zeitraum von 2011 bis 2021. Kernbereiche bleiben dabei Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus. Doch auch Reichsbürger und Selbstverwalter, Antisemitismus und neue Formen der Delegitimierung des Staates, die beispielsweise während der Corona-Proteste deutlich in Erscheinung traten, sind hochaktuelle Bedrohungen für die Innere Sicherheit Thüringens. Aus ihnen erwächst eine Spirale der politisch motivierten Gewalt, die sich auch in Thüringen immer weiterdreht. Deutlich wird dies immer wieder, z.B. durch Großeinsätze der Ermittlungsbehörden in der rechten Szene in Eisenach, den Prozess gegen die linksextremen Gewalttäter um die Studentin Lina E. oder bei Razzien im Milieu der Reichsbürger. Offenkundig ist, dass die Fallzahlen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts um zwei Drittel anstiegen. Daher sieht die CDU-Fraktion den Landtag in der Pflicht, sich dieser Bedrohung zu widmen und die Quellen der Gewalttaten weiter systematisch zu untersuchen. Zudem braucht es Klarheit darüber, ob die Landesregierung die Sicherheitsbehörden personell und technisch so ausgestattet hat, dass sie in der Lage sind, der politisch motivierten Gewaltkriminalität angemessen entgegenzutreten. Während es zu Beginn der Ausschussarbeit noch vermehrt um die Anforderung von Akten und die Ladung von (sachverständigen) Zeugen ging, konzentriert sich die Arbeit derzeit auf die Zeugenvernehmungen und Beweisauswertung, welche fortlaufend abgearbeitet und behandelt werden.

Die Eskalation linker Gewalt ist ein Thema des von der CDU-Fraktion beantragten Ausschusses.

Untersuchungsausschuss 7/4
v.l.n.r.: Stefan Schard, Andreas Bühl

15. Untersuchungsausschuss 7/4

Der Untersuchungsausschuss „Postenaffäre“ wurde Ende April 2023 auf Betreiben der CDU-Fraktion eingesetzt. Anlass war der im März vom Thüringer Rechnungshof vorgelegte Prüfbericht zur Personalpolitik der Ramelow-Regierung. Im Fokus der Prüfung standen Staatssekretäre sowie Mitarbeiter in den Leitungsbereichen der Ministerien. In seinem Abschlussbericht stellt der Rechnungshof eine Vielzahl von Verstößen gegen den Leistungsgrundsatz fest. Danach seien die Verstöße „systematisch und schwerwiegend“ und es handele sich nicht nur um Einzelfälle. Zwischenzeitlich hat auch die Staatsanwaltschaft Erfurt Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue aufgenommen. Der Untersuchungsausschuss hat am 7. Juli 2023 seine Arbeit aufgenommen. Ziel des Ausschusses ist es, die Einstellungspraxis der Landesregierung bei Staatssekretären und persönlichen Mitarbeitern in Leitungsbereichen umfassend zu untersuchen, alle Rechtsverstöße aufzudecken und die Frage der politischen und strafrechtlichen Verantwortung sowie des finanziellen Schadens für den Thüringer Steuerzahler zu klären. In den zurückliegenden Sitzungen bestätigten sowohl die von der CDU als auch die von den Regierungsfraktionen benannten Sachverständigen die Auffassungen des Rechnungshofes und der CDU-Fraktion.

Auf einer Pressekonferenz präsentierte Prof. Dr. Frank Saliger (l.) sein Gutachten. Mit dabei sind Andreas Bühl und Stefan Schard (r.).

16. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Informationen für Medien, Bürger und Mandatsträger

Von September 2022 bis Oktober 2023 hat die Kommunikationsabteilung der Fraktion insgesamt 337 Pressemitteilungen und Pressestatements an lokale, regionale und überregionale Medien versendet.

Aktivitäten auf Twitter, Facebook und Instagram

Die Fraktion besitzt auf Facebook mehr als 8.110 Fans, bei Twitter mehr als 5.800 Follower und bei Instagram mehr als 2.600 Abonnenten. Bei Instagram setzt die Fraktion verstärkt auf Storys und Reels, also Kurzvideos im Hochformat. Die besten Beiträge haben bei Instagram über eine halbe Millionen Menschen erreicht, bei Facebook über 15.000. Ein Youtube-Video zum Heizungsgesetz der Ampel hat über 80.000 Klicks erzielt.

21.000 Unterschriften wurden auf der Landingpage gegen das Heizungsgesetz der Ampel-Regierung gesammelt.

Printprodukte

Auch im vergangenen Jahr hat die Fraktion die Zeitung HEIMAT. LAND. THÜRINGEN. aufgelegt und über die Wahlkreisbüros an die Bürger verteilt. Seit Oktober 2023 wird die Zeitung auch im stilechten Zeitungspapier gedruckt und kann direkt per Abo bezogen werden. Die digitale Version wurde über 50.000 Mal abgerufen. Außerdem wurden eine Reihe thematischer Flyer und Broschüren gedruckt. Die Printprodukte werden seit Herbst 2023 auch im Rahmen von Wurfaktionen an Thüringer Haushalte verteilt.

Touren der Fraktion und des Fraktionsvorsitzenden

Um mehr Präsenz zu zeigen und das Gespräch mit den Bürgern zu vertiefen, hat die Fraktion mehrere Vor-Ort-Formate entwickelt. So wurde der klassische Stand in der Fußgängerzone mit der Betreuung durch Abgeordnete und Mitarbeiter neu belebt. Hier ist die Fraktion in allen Landesteilen regelmäßig unterwegs. Zusätzlich besucht der Fraktionsvorsitzende in den Landkreisen Unternehmen, Vereine und kommunale Verantwortungsträger. Die “Voigt vor Ort“-Tour findet gemeinsam mit dem regionalen Abgeordneten statt und beinhaltet in der Regel einen Besuch in der größten und der kleinsten Gemeinde des jeweiligen Landkreises.

Kampagnen- und Landingpages

Die Fraktion hat die Aktivitäten bei der Durchführung von Kampagnen zu bestimmten themati-

Gedruckte und digitale Informationsangebote:
Die Fraktionszeitung „HEIMAT. LAND. THÜRINGEN.“, zahlreiche Positionspapiere und der „Gesundheitsreport Thüringen“

schen Positionen noch einmal deutlich verstärkt. Die erfolgreichste Kampagne war die Forderung nach einem Stopp des Gebäudeenergiegesetzes, über die 21.000 Unterschriften eingesammelt wurden. Heraus stachen außerdem die Aktion gegen das Bürgergeld und gegen die von der Ramelow-Regierung beabsichtigte Schließung von Schulen im ländlichen Raum. Aktuell läuft eine Kampagne für einen klaren Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik.

Regelmäßiger Videocontent

Um besser auf die Sehgewohnheiten der Social-Media-Nutzer einzugehen und so die Reichweite zu erhöhen, hat die Fraktion eine Umstellung vorgenommen. Das Nachrichten-Videoformat HEIMAT. LAND. THÜRINGEN. wurde abgelöst durch anlassbezogene, kürzere Einzelclips. Gleichzeitig hat die Fraktion mit dem “Viewsletter” ein neues wöchentliches Format etabliert, das dem Trend zu kurzen, leicht teilbaren und einfach auf dem Smartphone konsumierbaren Videos aufnimmt. Die Verbreitung erfolgt über WhatsApp, YouTube Shorts sowie Instagram Reels.

Veranstaltungen und Foren

Ein sehr erfolgreiches Veranstaltungsformat sind die Fachforen, die die CDU-Fraktion bereits zu einer Vielzahl von Themen durchgeführt hat. Das Gespräch mit Betroffenen und Experten bietet die Möglichkeit, eine Vielzahl von Perspektiven zu beleuchten und einen gemeinsamen Lernprozess zu starten. Regelmäßig finden sich dazu dreistellige Teilnehmerzahlen im Landtag ein. Sehr erfolgreich waren die Veranstaltungen zu den Themen Gesundheit, Energie oder Katastrophen- und Bevölkerungsschutz.

Umstellung Corporate Design

Die CDU Deutschlands hat sich ein neues Design gegeben. Die Fraktion hat umgehend damit begonnen, die neuen Vorgaben digital und analog umzusetzen. Dieser Prozess ist schon weit vorangeschritten.

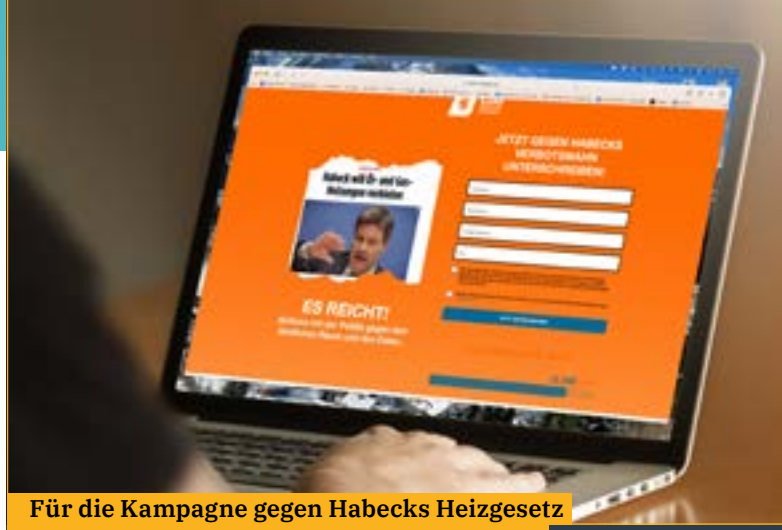
16.1 Im Dialog mit den Bürgern

Überall in Thüringen suchten die CDU-Fraktion und ihre Abgeordneten das Gespräch mit den Bürgern und sammelten Unterschriften für ihre Kampagnen. Auch der Fraktionschef war mit seiner „Voigt-vor-Ort“-Tour im ganzen Land unterwegs.

Auf den direkten Austausch mit den Bürgern setzten unsere Abgeordneten auch bei der Thüringen Ausstellung auf der Erfurter Messe, beim Thüringentag in Schmalkalden und beim Tag der offenen Tür im Landtag mit jeweils eigenen Fraktionsständen.

16.2 Kampagnen

Anlass für Kampagnen waren drohende Schulschließungen im ländlichen Raum und die Migrationspolitik in Land und Bund.



Für die Kampagne gegen Habecks Heizgesetz stellte die Geschäftstelle den Abgeordneten umfangreiche Werbematerialien zur Verfügung.

16.3 Jahresempfang

Mit 600 Gästen aus Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Sport feierte die CDU-Fraktion Ende Juni im Erfurter Club Central ihren Jahresempfang. Fraktionschef Mario Voigt skizzierte in seiner Rede, wie Thüringen wieder nach vorn kommt.

Impressum

Herausgeber:
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
Telefon: 03613772-206
Telefax: 03613772-520
E-Mail: pressestelle@cdu-landtag.de
Stand: Oktober 2023

Layout/Herstellung:
Pressestelle der
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Bilder:
Pressestelle der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, ©magele-picture – stock.adobe.com, Matej Kastelic – stock.adobe.com, Canva Images – stock.adobe.com, ©lettas – stock.adobe.com, ©REUTERS – stock.adobe.com

Besuchen Sie uns auch bei: